



BESOLDUNGSRUNDE 2013

**Auftakt-Prottestveranstaltung
der GdP vor der Staatskanzlei**

– „Verhandeln statt Verordnen!“ –



Bildschirmfoto: NDR Nordmagazin, 2. 9. 2013

Unter dem Motto „Verhandeln statt Verordnen – Schluss mit der Gutsherrenart!“, startete die Gewerkschaft der Polizei am 2. 9. eine für drei Wochen geplante Protestaktion vor der Staatskanzlei. Täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr wollten Polizistinnen und Polizisten das Gespräch mit Passanten suchen, um diese über die Situation der Polizei und die Haltung der Landesregierung aufzuklären. Christian Schumacher, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Immer wieder geben Vertreter unserer Landesregierung in der Öffentlichkeit die lächelnden Wohltäter. Modernisierung des Beamtenrechts, mehr Rechte für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – das sind nur einige ihrer Versprechungen. Die Realität sieht aber anders aus.“

Seit Jahren kritisiert die GdP den **hemmungslosen Personalabbau** in der Landespolizei. Immer weniger Polizisten sollen immer mehr leisten. Die **Gewalt gegen Polizeibeamte** nimmt ständig zu, Alltagssituationen werden immer gefährlicher, **Überstunden und Krankenstände** erreichen traurige Rekorde.

„Zuerst weigerte sich Finanzministerin Heike Polzin, mit den Gewerkschaften über die Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte zu verhandeln. Stattdessen wurde diesen ein Ergebnis nach Gutsherrenart verordnet. Der Ministerpräsident setzte noch einen drauf und verweigerte sich gänzlich. Für mich ist das nicht nur ein Skandal, sondern auch ein klassischer Vertragsbruch. Schließlich haben die Gewerkschaften und die Landesregierung einen Vertrag über die Beteiligung der Gewerkschaften in Beamtenangelegenheiten“, so Christian Schumacher.

Der Vertrag, eine Ergänzung zu den Landesbeamtengesetzen, sieht vor, dass

die Landesregierung und die Gewerkschaften alle Angelegenheiten, die Beamtinnen und Beamte betreffen, **auf Augenhöhe** verhandeln. In der Vergangenheit haben sich sowohl CDU-, als auch SPD-Ministerpräsidenten an diesen Vertrag gehalten.

Schumacher weiter: „Für mich ist das Verhalten von Frau Polzin und Herrn Sellering ein Rückfall in die Steinzeit. Verhandeln geht jedenfalls anders! Wir fordern: Verhandlungen mit Ministerpräsident Erwin Sellering.“

Der Landesvorstand

Trotz Windböen mit Geschwindigkeiten bis zu 60 km/h stand die GdP vor der Staatskanzlei in Schwerin.
„WIR wollen verhandeln ...!“



Und wie sieht der Dank aus?

- Verlängerung der Lebensarbeitszeit;
- Weiterer Stellenabbau bei der Polizei;
- Verringerung der Einstellungszahlen;
- Abkopplung vom Tarifergebnis und, ...

Das Verhalten der Landesregierung erreichte unmittelbar nach den Tarifverhandlungen einen traurigen Höhepunkt.



Wo bleibt der Ministerpräsident?



Der Innenminister Lorenz Caffier (CDU) hat mit uns gesprochen: „... es geht um den Abbau von weiteren 400 Stellen in unserer Landespolizei. Ich beiße bei der Finanzministerin auf Granit, dies zu verhindern!“



Kabinettsmitglieder der Fraktion DIE LINKE sprechen mit uns und sagen uns ihre Unterstützung zu.



Frau Finanzministerin Heike Polzin (SPD) hat mal kurz mit uns gesprochen ... Sie sieht „keinen Gesprächsbedarf“.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe November 2013 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 1. 10. 2013. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

SKANDAL! „Merkwürdiges Demokratieverständnis des Ministerpräsidenten“

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering legte am Dienstag, dem 3. 9. 2013, in Schwerin gegenüber demonstrierenden Polizisten ein merkwürdiges Demokratieverständnis an den Tag. Christian Schumacher, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Während alle Kabinettsmitglieder sich Zeit nahmen und mit den demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen diskutierten, tat unser Landesvater die berechtigten Proteste mit einer Handbewegung ab und unterstellte dem GdP-Vorsitzenden, dass er als – Neuer auf die Pauke hauen müsse –. Dieses Verhalten ist schlichtweg ein Skandal.“

Hintergrund der Proteste von Polizistinnen und Polizisten ist die Weigerung des Ministerpräsidenten, mit der Landespolizei über deren Sorgen und Nöte zu reden.

„Für viele Kolleginnen und Kollegen war das Verhalten von Herrn Sellering ein Schock. Schließlich ist es die SPD, die bundesweit mehr Arbeitnehmerrechte und die Modernisierung des öffentlichen Dienstes verspricht. Und genau darüber wollten wir mit Herrn Sellering reden, da uns der Sparkurs bei der Polizei riesige Sorgen bereitet.“

Die Gewerkschaft der Polizei sieht sich in ihrer Position durch den Zuspruch vieler Passantinnen und Passanten bestätigt und wird die Protestaktionen in den nächsten Wochen weiterführen.

Der Landesvorstand



MP Sellering lächelt: „Ich habe momentan keinen Gesprächsbedarf“.



BESOLDUNGSRUNDE 2013

Facebook-Seite



Aktuell wurde auf unserer GdP-MV-Facebook-Seite (www.facebook.com/gdp.mv) berichtet.

Auszug aus einer E-Mail

Werter Kollege Bialecki, werte Kollegen/-innen der GdP M-V, mit Interesse und Hochachtung haben wir Eure Aktivitäten zur Verhandlung für eine Übernahme des derzeitigen Tarifabschlusses zur Kenntnis genommen. ...

Wir beobachten jedoch mit Respekt Eure Aktivitäten für eine Tarifabschlussübernahme auf die/alle Landesbeamten und danken für Eure Entschlossenheit.

In Vertretung der Beamten mit kollegialen Grüßen ...

Name der Redaktion bekannt

Ministerpräsident Erwin Sellering lenkt ein

– Proteste der GdP waren erfolgreich –

Zu Beginn des dritten Protesttages von Polizistinnen und Polizisten vor der Schweriner Staatskanzlei lenkte Ministerpräsident Erwin Sellering am 4. 9. 2013 (dritter Protesttag) ein und sicherte der Gewerkschaft der Polizei Gespräche zu.

Christian Schumacher, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), begrüßte diesen Schritt ausdrücklich. „Viele Kolleginnen und Kollegen haben diese Entscheidung positiv aufgenommen. Auch wenn wir jederzeit bereit sind, unsere Interessen mittels solcher Protestaktionen durchzusetzen, sind Gespräche aus unserer Sicht konstruktiver. Wir gehen davon aus, gemeinsam Lösungen für alle Probleme zu finden. Ganz offensichtlich gab es Verständnisprobleme in der Staatskanzlei. Auch wenn die diesjährige Tarifrunde der Ausgangspunkt der Protestbewegung war, so geht es uns nicht nur um Beamtenbesoldungen sondern vielmehr um die Zukunft der Landespolizei und damit um die Zukunft der inneren Sicherheit im Land.“

Die Gewerkschaft der Polizei wird ihre Protestaktionen **zunächst aussetzen** und die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten abwarten.

Der Landesvorstand



V. l. n. r.: Manfred Seegert, Christian Schumacher, Ministerpräsident Sellering



HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle. Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk M-V Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin, oder:

– per Fax an: 03 85-20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de

Die Landesgeschäftsstelle



Koalitionsstreit um Beamtenbesoldung

– NDR 1 Radio MV – Stand: 4. 9. 2013, 19.20 Uhr –

Im Streit um höhere Beamtengehälter in Mecklenburg-Vorpommern zeichnen sich Risse in der rot-schwarzen Koalition ab. Die CDU-Fraktion hat überraschend signalisiert, dass sie auch eine volle Übernahme des im Frühjahr ausgehandelten Tarifabschlusses der Angestellten auf die 14 000 Landesbeamten mittragen würde. (siehe: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/beamtenbesoldung141.html?>)

DIE LINKE, im Landtag Mecklenburg-Vorpommern | Lennéstraße 1 | 19053 Schwerin

CDU-Fraktion
Fraktionsvorsitzenden
Herrn Vincent Kokert

- im Hause -

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Helmut Holter
Mitglied des Landtages
Fraktionsvorsitzender

Fraktion DIE LINKE, im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon 0385 / 52 52 500
Telefax 0385 / 52 52 509

h.holter@dieLinke.landtag-mv.de
www.linksfraktionmv.de
www.helmut-holter.de

4. September 2013

Sehr geehrter Herr Kokert,

mit Freude und positiv überrascht habe ich in der heutigen Debatte zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die Anpassung von Besoldungs-, Beamtenversorgungs- und Amtsbezügen für die Jahre 2013, 2014 und 2015 in Mecklenburg-Vorpommern (Drs. 6/2113) die Äußerungen Ihres Fraktionskollegen Herrn Dietmar Eifler zur Kenntnis genommen. Demnach verschleße sich die CDU keiner zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Dass der Gesetzentwurf (bislang) Abstriche bei der Übertragung des Tarifabschlusses macht, sei der Verhandlungsführung des SPD-geführten Finanzministeriums geschuldet, so Herr Eifler weiter.

Herr Kollege Kokert, damit zeichnet sich eine breite parlamentarische Mehrheit für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung ab. Im Interesse der Beschäftigten sollten wir diese Chance unbedingt nutzen. Sie teilen sicher meine Einschätzung, dass Entscheidungen zum Wohl der Beschäftigten des Landes keiner etwaigen Koalitionsdisziplin unterworfen sein sollten.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich in Ihrer Fraktion zügig zum weiteren Verfahren verständigen werden. In diesem Sinne sehe ich Ihrer Antwort bis zum Mittwoch, 25. September 2013, mit Interesse entgegen.

Ich erlaube mir, dieses Schreiben auch den beteiligten Gewerkschaften zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Holter

Helmut Holter

LANDESVORSTAND

Gewalt gegen Polizisten steigt in MV weiter

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist besorgt über die ständig zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte in Mecklenburg-Vorpommern. Im vergangenen Jahr sind in unserem Bundesland 1107 Polizisten während ihres Dienstes Opfer von Straftaten geworden, 16 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind der erneute Anstieg der Übergriffe und die Schwere der Verletzungen ein alarmierendes Signal. Sie fordert ein konsequenteres Vorgehen des Gesetzgebers und der Gerichte gegen die Straftäter.

Christian Schumacher erklärt hierzu: „Ich kann es nicht hinnehmen, dass beispielsweise aus einer normalen Verkehrskontrolle den Beamten brutale Gewalt entgegenschlägt.“



Der gefährlichste Arbeitsbereich innerhalb der Polizei ist der Streifen dienst. Ob nun im Einkaufsmarkt in Stralsund, wo ein Stuhl auf die Kollegen geworfen wird, auf der Autobahn A 20 bei Verfolgungsfahrten, in Paserwalk beim Beißen gegen einen Polizisten, ... Ihren Hass setzen die Täter immer häufiger durch lebensbedrohliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Taten um. Aus diesem Grund werden wir darauf drängen, auch in Zukunft die personelle Ausstattung und die Qualität der Aus- und Fortbildung für den Streifen dienst auf einem hohen Niveau zu halten.

Wer trotzdem vorhat, weitere Stellen in der Landespolizei abzubauen, der nimmt in Kauf, dass die Polizei die Kriminalitätsbrennpunkte nicht mehr nachhaltig bekämpfen kann. Er gefährdet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und die Gesundheit meiner Kolleginnen und Kollegen“, so Schumacher abschließend.

Der Landesvorstand



15. WELTSPIELE DER POLIZEI- UND FEUERWEHRBEHÖRDEN

Polizisten aus M-V bei World Police & Fire Games erfolgreich

Vom 1. 8. bis 10. 8. 2013 fanden in Belfast die nunmehr 15. Weltspiele der Polizei- und Feuerwehrbehörden statt. Die World Police & Fire Games haben ihren Ursprung 1967 in den USA und haben sich dort von einer kleinen regionalen Veranstaltung seit 1983 zu der, nach den Olympischen Sommerspielen, weltweit zweitgrößten Sportveranstaltung mit mehreren Tausend Teilnehmern in den unterschiedlichsten Disziplinen etabliert.

In Belfast waren mehr als 7000 Athleten aus 67 Nationen am Start. Darunter waren bekannte Länder wie Russland, USA und Australien, aber auch auf sportlicher Ebene eher unbekanntere Länder wie Nigeria, Abu Dhabi und die Mongolei. Dies bot den Teilnehmern die Möglichkeit, sich fast über den gesamten Erdball hinweg über die unterschiedlichsten Arbeitsbedingungen auszutauschen. Was auch rege genutzt wurde.

Mit acht Goldmedaillen und vier Silbermedaillen haben die vier Polizeivollzugsbeamten aus Mecklenburg-Vorpommern einen guten Anteil an der deutschen Medaillenausbeute von insgesamt 94 Gold-, 59 Silber- und 46 Bronzemedailles erkämpft. Deutschland reihte sich mit diesem Ergebnis hinter den sehr starken Amerikanern, Spaniern und Briten auf den 6. Platz in der Medaillenwertung ein.

Da Mecklenburg ein Land des Wassers ist, liegt es auch nahe, dass die Medaillen in Sportarten gewonnen wurden, die im oder auf dem nassen Element durchgeführt werden.

Christian Arndt (LKA M-V) formierte nunmehr zum zweiten Mal ein Drachenbootteam von Polizisten und Feuerwehrleuten aus ganz Deutschland. 25 Athleten aus den unterschiedlichsten Behörden galt es sportlich und organisatorisch unter einen Hut zu bringen. Problematisch waren hier zum Beispiel die Dienstplanabstimmungen in den einzelnen Dienststellen, das Finden gemeinsamer Trainingstermine, die Gewährung von Sonderurlaub oder Erholungsurlaub für den Wettkampf und die Finanzen. Leider ist hier ein erheblicher Unterschied zwischen den einzelnen Bundesländern zu erkennen. Im Vergleich zu anderen Nationen besteht für Deutschland insgesamt Nachholbedarf. Während andere Nationen ihre Athleten als Team einkleiden, entsenden und unterbringen, sind die ca. 140 deutschen Teilnehmer durch ihre „einheitliche Uneinheitlichkeit“ erkennbar gewesen.

Dies tat der Stimmung aber keinen Abbruch und alle freuten sich auf spannende Wettkämpfe.

Nach der schmerzlichen Absage des Wettkampfes 2011 in New York (Hurricane Irene ließ die Außensportarten nicht zu) galt es, die gute Vorbereitung in Belfast unter Beweis zu stellen. Das „German Police & Fire Dragonboatteam“ stellte sich in vier Entscheidungen den Gegnern. Diese kamen u. a. aus Singapur, Australien und Kanada. Schnell kristallisierte sich heraus, dass die schwersten Gegner aus Singapur und Kanada kommen. Im 10er-Männer-, im 10er-Mixed- und im 20er-Männerboot konnte jeweils die Goldmedaille aus dem Wasser gefischt werden. Lediglich im 20er-Mixedboot musste sich das deutsche Team einer Renngemeinschaft aus Singapur und Kanada geschlagen geben und wurde mit einer guten Silbermedaille belohnt. So standen am Ende der drei Wettkampftage für das deutsche Drachenbootteam drei Goldmedaillen und eine Silbermedaille zu Buche. Aus Mecklenburg-Vorpommern saßen POK Stefan Krüger (PR Barth), PKA Richard Ott (FH Gü) und POK Christian Arndt (LKA M-V) mit im Boot (siehe Foto).

Bei den Schwimmwettbewerben vertrat KOKin Dörte Kamrau (KK HRO) unser Bundesland und die deutschen Farben. Bei acht Teilnahmen konnte sie fünf Goldmedaillen und drei Silbermedaillen erringen und dürfte damit eine der erfolgreichsten Teilnehmerinnen der Spiele sein. Die Schwimmwettbewerbe gingen über drei Tage in einer neu errichteten Schwimmhalle. Nach einer zweitägigen Pause fand das Open-Water-Schwimmen statt. Auch hier war die Organisation der Wettkämpfe super und alle Teilnehmer fühlten sich rundum gut betreut.

Dieses Bild zog sich durch die gesamte Veranstaltung. Knapp 3600 Helfer bereiteten den Athleten und Besuchern der Spiele einen äußerst



herzlichen Empfang und taten dem Motto „Belfast 2013 – friendliest Games ever“ alle Ehre.

Vom 26. 6. 2015 bis 5. 7. 2015 finden die World Police & Fire Games in Fairfax County, Virginia/USA, statt. Getreu dem Motto: „Nach dem Wettkampf ist vor dem Wettkampf“, sind hier schon die ersten Grundsteine zur Organisation gelegt.

KG GREIFSWALD

Glückwunsch

„Man altert nur von fünfundzwanzig bis dreißig. Was sich bis dahin erhält, wird sich wohl auf immer erhalten.“ (Friedrich Hebel)

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern **Günter Katzor, Fanny Engelke, Klaus-Dieter Ruske und Jörg Nehmzow**. Zu eurem Geburtstag wünschen wir euch keinen schönen Tag. Nein, wir wünschen euch stattdessen viele schöne Tage, wundervolle Wochen, sonnige Monate und natürlich ein zufriedenes gesundes neues Lebensjahr!

Nachwuchs in der KG Greifswald

Liebe Josi, lieber Arne, wir übermitteln die herzlichsten Glückwünsche zur Geburt Eures kleinen Jungen! Auch wenn dieser kleine Engel im Laufe seines Lebens ab und an mal ein „B“ vor dem Engel hat, so wie es sich für einen richtigen Lausbuben gehört, so sind wir überzeugt, werdet Ihr viel Freude an ihm haben. Wir wünschen Euch stets liebevolles Gelingen, Gesundheit und Glück bei allen Euren Entscheidungen und ein schönes, rundum glückliches Leben als Familie!

Eure KG-Vorsitzende



Die Realität eines Sparprogrammes

Seit Jahren beziehe ich die „DEUTSCHE POLIZEI“, Landesjournal Mecklenburg-Vorpommern, in der ich von vorn nach hinten und von hinten nach vorn durchblättern kann, aber fast immer geht es nur um Polizisten/Beamte und deren Probleme. Aber ab heute, ... ab heute wird sich das ändern. Denn auch wir Tarifbeschäftigten sind ein wichtiger Teil der Polizei. Auch wir leisten qualitativ sehr gute und verantwortungsvolle Arbeit. Und auch wir sind Opfer von Sparprogrammen. Über eines möchte ich heute berichten.

Im Jahr 2011 kamen irgendwelche „Koryphäen“ des LKA auf die geniale Idee, in unserem Bereich (Datenstation/Fahndung) bei unseren Schichtzuschlägen zu sparen und unser Vierschicht-System in ein Früh- und Spätschicht-System umzuwandeln.

Die Beamten des LIZ (Lage- und Informationszentrum) übernehmen bis zu unserem nächsten Schichtbeginn die wichtigsten Sach- und Personenfahndungen. Wir warnten eindringlich davor, Machten auf die Folgen von fehlerhaften Eingaben, Verknüpfungen, Veränderungen und Löschungen in der Sach- und Personenfahndung aufmerksam. Auch die Beamten des LIZ wiesen auf ihre Aufgaben und dem Problem von zusätzlichen Arbeiten hin. Aber wer von „da OBEN“ glaubt schon uns „hier unten“. Anscheinend dachten die Experten, dass unsere Arbeiten selbst der Alm-Öhi übernehmen könnte. Nur dreimal auf die Taste drücken und der Datensatz ist übernommen. Und schon den „Batzen“ der einsparenden Schichtzuschläge vor Augen, wurden unsere Bedenken ignoriert ... Die Beamten erhielten einen Crashkurs in der Personen- und Sachfahndung, wir Angestellte eine Dienstvereinbarung, die vom LKA-Leiter und dem Personalratschef am 24. 10. 2012 unterzeichnet worden war. Einer dieser Punkte beinhaltete, dass die vom LIZ erfolgten Ausschreibungen von uns regelmäßig und zeitnah, d. h. im Regelfall zu Schichtbeginn zu überprüfen sind. Wer die Fehler korrigiert, dazu kein Satz. Anscheinend war man davon ausgegangen, dass es keine Fehler geben wird. ... Ich ahnte Böses ... Da kommt noch was, ... so durch die Hintertür.

Aber man sollte schon glauben dürfen, dass eine von den mächtigsten Männern des LKA getroffene Dienstvereinbarung auch Gültigkeit hat. Sollte!!! ... Wie wenig wert so eine Dienstvereinbarung ist, sollte mir bald verdeutlicht werden. Was hinter vorgehaltener Hand bereits gemunkelt und vorherorakelt wurde, wurde kurz vor Jahresende Gewissheit. Von Schicht zu

Schicht wurde an alle Mitarbeiter mündlich durchgestellt, dass die Vorgänge der Beamten nicht nur zu überprüfen sind, sondern auch zu bereinigen, zu korrigieren, zu ergänzen etc. Und damit war die Vereinbarung der mächtigsten Männer des LKA schon außer Kraft, bevor sie überhaupt in Kraft getreten war. Ich war stinksauer, dass man diese VERANTWORTUNG klammheimlich auf uns abwälzte.

Ich war dann auch die Allererste, die am 1. 1. 2013 diese Stille-Post-Anweisung umzusetzen hatte, alles andere hätte man mir als Arbeitsverweigerung ausgelegt. Um sicherzugehen, dass mein Vorgesetzter von dieser Anweisung überhaupt weiß, hatte ich mich am 2. 1. 2013 schriftlich an ihn gewandt. Ich war davon ausgegangen, dass er mir mit zwei drei Sätzen diese Anweisung bestätigen oder nicht bestätigen würde. Aber weit gefehlt. Ich frage mich heute noch, was wohl in meinem Kaffee war, dass ich DAS auch nur annähernd geglaubt hatte. Denn was dann kam, lässt tief blicken. Mein Anliegen war an den Dezernatsleiter weitergeleitet worden, was auch nicht schlimm war/ist. Allerdings wurde mir von keinem die Anweisung schriftlich bestätigt bzw. widerlegt. Dafür hatte ich die große Ehre eines „6-Augen-Gesprächs“. Mein Dezernatsleiter, mein Vorgesetzter und ich. Dementsprechend war der Gesprächsverlauf. Ich hätte zu gern zu dem, was mir mein Dezernatsleiter mitgeteilt hatte, Klarheit geredet, aber richtig. Nur befand ich mich ohne Beistand in einer sehr schlechten Position. Mein Dezernatsleiter bekam sein Gefühl der Macht. Ich hingegen war fast stumm vor Fassunglosigkeit, wie er diese Angelegenheit „klärte“. Von einem Vorgesetzten, egal in welcher Position, erwarte ich einfach, dass er seine ihm unterstellten Mitarbeiter vor Missbrauch einer Dienstvereinbarung schützt. Dass er nicht zulässt, dass die Mitarbeiter eines Bereiches verantwortungsmäßig entlastet werden und die Mitarbeiter eines anderen Bereiches

diese Verantwortung klammheimlich aufgebürdet bekommen. Und wenn die Verlagerung der Verantwortung, egal aus welchen Gründen auch immer, notwendig ist, dann dürfte es doch wohl das kleinste Problem sein, dies schriftlich zu bestätigen und zu begründen. Bei mir gehört so etwas zur Fürsorgepflicht einer Führungskraft. Denn es ist ein himmelweiter Unterschied, ob ich etwas prüfe oder ob ich es korrigiere. Wenn wir einen klitzekleinen Tippfehler in einem unserer Datensätze verursachen oder einen anderen Fehler, dann bekommen wir unsere Ausschreibung von der Datenqualitätskontrolle zurück und müssen den Fehler SELBST beheben. Mit den Korrekturen der Vorgänge der Beamten greifen wir tiefer in die Datensätze ein als die Datenqualitätskontrolle, die NUR prüft. Wir tragen somit noch mehr Verantwortung. Hinzu kommt, dass ich und einige andere Kolleginnen gegen unsere Tätigkeitsbewertung vorgehen und eine Höhergruppierung anstreben. Und in dem Zusammenhang würden wir auch auf die Zusatzaufgaben und die damit verbundene Verantwortung hinweisen. Und was sagen wir, wenn man uns auffordert, doch mal in der Dienstvereinbarung zu zeigen, wo da steht, dass wir die Vorgänge korrigieren, bereinigen und ergänzen sollen??? ... Wer DAS denn angewiesen hat? ... Etwa, ... der Wind hat uns ein Lied erzählt? ... Ich dachte, ich bin im falschen Film ... Denn die Bestätigung dieser zusätzlichen Tätigkeiten als unsere neuen Aufgaben war für meinen Dezernatsleiter nur das Nebenthema. Das Hauptthema dieses Gespräches und sein Hauptproblem war ICH. Leider hatte er „vergessen“, mir das in seiner E-Mail mitzuteilen, dann hätte ich nämlich eine Person meines Vertrauens mit zu dem Gespräch hinzugezogen. Hauptsache mein Dezernatsleiter hatte einen Zeugen SEINER Wahl und meine Vorgesetzten sich gegenseitig als Zeugen des Gespräches ... Das allein zeigt schon vieles. Was folgt bei meiner nächsten Nachfrage? Etwa Strafverset-



LESERBRIEF

zung wegen „Aufmüpfigkeit“, getarnt hinter einer anderen Begründung?! ..., ich hätte aufstehen und gehen sollen!

Nach diesem „klärenden“ Vorgesetztingespräch stand für mich fest, DAS hat Konsequenzen!!! DASS ich mich vielleicht noch dafür entschuldigen muss, dass ich eine unterzeichnete Dienstvereinbarung vom LKA-Direktor und Personalratschef für ernst genommen und darauf verwiesen habe, darüber rede ich mit dem Innenminister. Für mich stand fest, dass ich sein Angebot vom 27. 8. 2012, dass wir uns jederzeit an ihn persönlich wenden können, annehme. An den LKA-Leiter brauche ich mich ja nicht wenden. Der kann zwar in einer Dienstvereinbarung etwas festlegen und sie unterschreiben, aber wie diese dann umgesetzt wird, dass entscheiden hier ja ganz andere Leute. Was die Umsetzung einer Dienstvereinbarung so alles offenbart. Ich wollte nur noch meinen Prozess bezüglich der falschen Urlaubs- und Krankentageberechnung etc. abwarten, den ich zwischenzeitlich auch mithilfe der Gewerkschaft gewonnen habe. Dieses Urteil und das meiner Kollegin verdeutlichte uns allerdings auch das ganze Ausmaß des Schadens. Da fordern wir noch Wiedergutmachung.

Anmerkung: Die Leitung des LKA hat das Recht bis zum 9. 9. 2013 in Berufung zu gehen und ich gehe davon aus, dass sie auch in Berufung geht. Schließlich bezahlen die Prozesskosten die Steuerzahler und somit spielen Gerichtskosten keine Rolle. Außerdem kann sie damit die Umsetzung unserer Urteile hinauszögern. Obwohl es um die gleichen Streitwerte geht, muss jeder Mitarbeiter seine Ansprüche einklagen. Somit werde ich auch diesen Punkt beim Innenminister ansprechen, zumal noch etliche Prozesse folgen, denn ICH bin Steuerzahlerin. Und ich werde Klartext reden, DAS steht fest!!! Anhand der Umsetzung dieser Dienstvereinbarung, dem „Helden“gespräch (zwei Vorgesetzte und eine ihnen unterstellte Mitarbeiterin ohne Beistand) und des Gerichtsurteils werde ich dem Innenminister wie im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ die Realität im LKA aufzeigen.

Ich bin nicht neidisch auf die Mitarbeiterinnen, die höher eingruppiert sind. Ich bin auch keine Querulantin, nur weil ich etwas geklärt haben möchte. Ich möchte lediglich, dass meine Qualitätstätigkeiten anerkannt und ich dementsprechend eingruppiert und bezahlt werde. Ich bin nicht Mutter Te-

resa. Wir Mitarbeiter der Datenstation bekommen schon bei gleicher verantwortungsvoller Tätigkeit drei Entgeltgruppen weniger als ein Schichtleiter (Schichtstärke: ein Schichtleiter, fünf Mitarbeiterinnen). Das empfinde ich schon als diskriminierend, zumal wir alle Bürosachbearbeiterinnen sind, fast die gleichen Aufgaben verrichten und jeder von uns jederzeit die Aufgaben des Schichtleiters tätigt. Die Beamten können bei einer erneuten Beurteilung darauf hinweisen, dass sie einen Teil unserer Aufgaben tätigen und auf eine Beförderung hoffen. Und ich/wir??? Unsere Zusatzaufgaben wurden doch mit keinem Wort irgendwo schriftlich erwähnt. Sie wurden doch einfach totgeschwiegen. Wir machen schon jahrelang Qualitätstätigkeiten, nur sie werden uns nicht als diese anerkannt. Vielleicht sollten unsere Vorgesetzten mal drei Dienstgrade runter gestuft werden, mit der Begründung, wer von seinen unterstellten Mitarbeitern unentgeltliche Tätigkeiten erwartet, sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Verantwortungsvolle Arbeit beginnt nicht erst als Vorgesetzter, Dezernatsleiter, Abteilungsleiter oder LKA-Leiter. Mit Schreiben vom 31. 7. 2013 haben sich einige von uns (B-Schicht) an die Personalabteilung gewandt. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

Wurden unsere Aufgaben etwa totgeschwiegen, damit NIEMAND erfährt, wie dieses Sparprogramm in Wirklichkeit aussieht? Dass wir seit dem 1. 1. 2013 eine Doppelbearbeitung unserer Datensätze haben. Ende nicht in Sicht. Nach Schichtende übernehmen die Kollegen des LIZ zwar einen Teil unserer Arbeiten, aber sie bringen sie uns zum Schichtbeginn wieder zurück, damit wir sie noch einmal bearbeiten. JEDE Ausschreibung(!), JEDE Veränderung(!), JEDE Löschung, JEDER VORGANG(!) wird von einer Bürosachbearbeiterin auf Richtigkeit geprüft und wenn notwendig bereinigt, ergänzt, korrigiert etc. Da die bearbeitenden Kollegen in den Dienststellen meist nicht mehr erreichbar sind, ist eine telefonische und schnelle Klärung fast unmöglich. Oft bleibt nur noch die Möglichkeit, dies per E-Mail oder mit der Nachschicht zu klären. Diese Kontrollen und Bearbeitungen sind zeitintensiver als eine Erstbearbeitung, da die Beamten die Datensätze nicht bereinigen brauchen. Erschwerend kommt hinzu, dass sie nicht vermerken brauchen, was sie am Datensatz getätigt haben. Aber wir

tragen die Verantwortung. Mitunter sind einige Fälle so gravierend, dass eine Mitarbeiterin schon einmal fast eine halbe Schicht mit der Klärung und Richtigstellung EINES Vorganges beschäftigt ist. Im Ernstfall entscheiden wir ohne Rücksprache, um zu verhindern, dass ein Unschuldiger festgenommen wird. Dann erfolgt im Nachhinein die Klärung. Den Beamten kann man keinen Vorwurf machen. Sie hatten nur einen Crashkurs und in der kurzen Zeit kann man nicht über das Wissen verfügen, was wir uns in Jahren angeeignet haben, zumal es Sonderfälle gibt. Unsere Arbeiten lassen sich NICHT einfach mal so nebenbei erledigen. Die Ausschreibungen über die Schnittstelle sind keine Datenerfasser-Tätigkeiten. Sie fallen eindeutig in den Bereich der Datenqualitätskontrolle, da die Datensätze geprüft werden müssen. Auch wenn die Leitung des LKA davon nichts hören bzw. lesen will. Unsere Arbeiten werden nicht minderwertiger, nur weil sie so eingeschätzt und totgeschwiegen werden.

Ich meine: Bevor die Leitung des LKA an den wichtigsten Bereichen spart, wenn man das überhaupt als sparen bezeichnen kann, sollte sie in den oberen Etagen „kräftig entrümpeln“. Da lässt sich einiges „zentralisieren“. Nicht wir mit unseren kleinen Gehaltsgruppen/Schichtzuschlägen sind das Übel der hohen Personalkosten, sondern unsere vielen Führungskräfte. Wer von IHNEN übernimmt denn die Verantwortung für die abgespeckte Fahndung mit Doppelbearbeitung, zumal unsere Arbeit dadurch liegen bleibt?

Wer für unsere totgeschwiegenen Qualitätstätigkeiten? Wer für die vielen Prozesskosten? Wer, dass wir 2009 drei (!!!) Entgeltgruppen tiefer eingestuft wurden??? ... Wer für die Aushebelung des TV-L und die Folgen für uns ... und und und ... Vor ALLEM, in WELCHER Form???

In einer der nächsten Ausgaben werde ich über das Treffen mit dem Innenminister berichten.

Margitta Lemm

Hinweis: „Die Redaktion weist darauf hin, dass der Inhalt der Leserbriefe immer die Ansicht der Einsender wiedergibt, die mit der Meinung der Redaktion nicht unbedingt übereinstimmen müssen.“



LANDESSENIORENVORSTAND

Traditionell zum Tag der Polizei in Swinemünde

Man kann dieses freundschaftliche Treffen schon im Kalender notieren: Zum Begehen des Tages der Polizei in Swinemünde am 30. August 2013 war die Einladung durch den dortigen Vorsitzenden des Vereins der Invaliden und Rentner, Ryszard Churawski, an unseren Landesseniorenvorstand ausgesprochen worden.

So konnte unsere kleine GdP-Delegation mit der stellvertretenden Landesseniorenvorsitzenden Renate Randel (v.mittig) sowie den Senioren der Kreisgruppe Neubrandenburg Helmut Utpott (4. v. l.), Dieter Wentzel (h. mittig) und Werner Schipnewski (2. v. r.) gemeinsam mit aktiven polnischen Polizisten und polnischen Polizeisenioren diesen Tag begehen. Nähere Gedankenaustausche gab es auch wieder mit dem o. g. Vorsitzenden (4. v. r.), sowie mit dem Polizeikommandanten der Stadt Swinemünde, Podinsp. Remigiusz Mysza (2. v. r.) und dem Mitglied des Stadtparlaments, Bogumil Brzezowski (1. v. l.).



Nach ein paar schönen Stunden und der Übergabe einiger Präsenten zur Erinnerung an unseren Besuch ging es heimwärts. **Renate Randel**

SENIORENGRUPPE SCHWERIN

Europas Schiff-Fahrstuhl Nr. 1

Am 1. August 2013 unternahmen wir bei hochsommerlichen Temperaturen einen Tagesausflug zum Schiffshebewerk Niederfinow. Die Klimaanlage im Reisebus von Landreisen leistete Schwerstarbeit.

Gleich nach Ankunft im Informationszentrum gab es eine ausführliche Erläuterung durch einen ehemaligen Techniker des Schiffshebewerkes zur Arbeit des 1934 in Betrieb genommenen und das im Bau befindliche neue Schiffshebewerk.

Interessant war natürlich auch, dass hier 36 Meter Höhenunterschied überwunden werden müssen. Der noch in Betrieb befindliche Trog hat eine Länge von 84 Metern mit zwei Metern Tiefgang.

Der neue soll Schiffe von 114 Metern Länge und eine nutzbare Breite von 12,5 Metern haben.

Aber nun genug mit Details. Nachdem wir alles über das alte und neue Schiffshebewerk erfahren hatten, wurden wir zum Mittagstisch unterhalb des imposanten Bauwerks geführt. Von dort ging es direkt zum Werbellinsee in der Schorfheide. Hier konnten wir uns noch ein wenig die Beine vertreten und den herrlich in die Natur eingebetteten



See genießen. In einem Café direkt am See gelegen, im Schatten hoher Bäume, konnten wir Kaffee und Kuchen besonders gut genießen.

Die Rückfahrt über die Autobahn verlief ohne Komplikationen. Nach einem besonderen Dank an den Fahrer und dessen Reiseführerin kamen wir wohlbehalten in Schwerin an.

Auch an die Mitreisenden noch einen Dank, die auch im nächsten Jahr wieder bei den Reisen der Seniorengruppe Schwerin dabei sein möchten.

Werner Vehlow

KREISGRUPPE ROSTOCK

18. Bürger- und Polizeiball

Wann: Samstag, den 16. 11. 2013

Einlass: ab 18.00 Uhr

Beginn: 19.00 Uhr

Wo: Hotel Neptun Warnemünde

Eintrittspreis: 30,- € (GdP 25,- €)

inkl. Gala-Büfett

Kartenvorbestellungen ab sofort unter 03 82 08-8 88-27 20 oder -27 10 sowie über gdp.kgrostock@gmail.com möglich.

KG NW-MECKLENBURG

20. Bürger- und Polizeiball

Wann: Samstag, den 9. 11. 2013

Einlass: ab 18.00 Uhr

Beginn: 19.00 Uhr

Wo: Wismar, Markthalle am Hafen

Kartenvorbestellung: Uwe Burmeister, Telefon 0 38 41/20 33 73.

LANDESFRAUENGRUPPE

Landesfrauen- vorstandssitzung

Vom 26. bis 27. November findet wieder unsere alljährliche Landesfrauenvorstandssitzung im Recknitztal-Hotel in Marlow statt.

Eingeladen sind wieder die Frauenbeauftragten und ihre Stellvertreterinnen aus jeder Kreisgruppe.

Merkt euch die zwei Tage schon einmal vor! Die Einladungen, den Seminarablauf sowie die Tagesordnung und die Aufstellung für die Beantragung des Sonderurlaubs erhaltet ihr dann zeitnah per Post. Wenn alles klappt, erwarten euch interessante Vorträge und Diskussionen. Fest steht bereits, dass wir den Abend wieder in gemütlicher Runde ausklingen lassen wollen.

Bei Fragen oder Anregungen könnt ihr euch gern im Vorfeld schon an uns wenden!

Wir freuen uns auf euch!

